

bedingungen in der VR China macht es darüber hinaus zu einer wichtigen Lektüre für all diejenigen, die sich mit der chinesischen Umweltproblematik befassen.

Eva Sternfeld

**Stefan Landsberger: Chinesische Propaganda. Kunst und Kitsch zwischen Revolution und Alltag**

Köln: DuMont-Verlag, 1996, 224 S.

Konfuzius' Erkenntnis, daß Erziehen und Überzeugen bessere Mittel seien, um die soziale Harmonie zu erhalten, als Gewalt und Strafen, mußte zu der Frage führen, wie bzw. mit welchen Mitteln der Staat seine Bürger denn erziehen und überzeugen kann. Damit war die Notwendigkeit bzw. die Rechtfertigung staatlicher Propaganda gegeben und begründete eine Tradition, die - in unterschiedlich ausgeprägter Intensität - fester Bestandteil der politischen Geschichte wurde. In dieser Tradition stehend wurde in der chinesischen Geschichte das menschliche Vorbild zu einem zentralen Element staatlicher Propaganda entwickelt, das bis in unsere Tage hinein dem Volk als nachahmenswerte Größe, als Ideal vorgehalten wird.

Im kommunistischen China nahm unter den Medien, die dieses staatlich propagierte Ideal der Bevölkerung vermittelten, das an öffentlichen Plätzen wie in privaten Räumen eingesetzte Plakat eine zentrale Rolle ein. Eben diese zwischen 1979 und 1989 in China entstandenen und eingesetzten politischen Propagandaplakate fokussiert Landsberger in seiner reich illustrierten und anschaulichen Studie. Im Mittelpunkt seines Interesses steht dabei die Aussagekraft der Wechselbeziehung zwischen Kunst und Politik, also die Frage, inwieweit sich verändernde politische Positionen der Kommunistischen Partei (KPCh) in den jeweils in Auftrag gegebenen und eingesetzten politischen Plakaten erkennbar sind, bzw. umgekehrt, welche politischen Überzeugungen die als Quellenmaterial nutzbaren zeitspezifischen Propagandaplakate transportieren und dem Analytiker preisgeben.

Den Analyserahmen zu Landsbergers ausgesprochen spannender Fragestellung bildete eine über zwanzig Jahre zusammengetragene Sammlung von ca. 1.000 politischen Propagandaplakaten der KPCh, die der an der niederländischen Universität Leyden lehrende Sinologe nicht nur zu einem ästhetisch äußerst ansprechenden und den eigenen Entdeckungstrieb anspornenden Band zusammenstellte, sondern auch zu einem sehr gut lesbaren, keineswegs im deskriptiven verhafteten, sondern fachwissenschaftlich fundierten Werk ausarbeitete, das eine Vielzahl hochinteressanter Einblicke in die jüngste chinesische Geschichte, vor allem aber in die - das China Maos revolutionierenden - vier Modernisierungen der Wirtschaft unter Deng Xiaoping ermöglicht. Maos Forderung nach der Einheit von Politik und Kunst wurde auch unter seinen Nachfolgern Hua Guofeng und Deng Xiaoping weiterpraktiziert, so daß die einschneidenden politischen Kursänderungen, die China im Verlauf der 80er Jahre durchlebte, einen entsprechenden Niederschlag in der künstlerischen Gestaltung politischer Plakate dieser Zeit fanden. So fungieren etwa die früher verpönten Intellektuellen neuerdings als Vorbilder eines im technologischen und wirtschaftlichen Fortschritt befindlichen Chinas, während die unter Mao stets als Vor-

bilder instrumentalisierten Bauern, Soldaten und politische Kader deutlich in den Hintergrund getreten bzw. weitgehend aus den Darstellungen verschwunden sind.

Landsbergers Untersuchung befaßt sich dabei nicht ausschließlich mit den veränderten Inhalten und von den Künstlern angewandten stilistischen Mitteln, sondern geht darüber hinaus der Frage nach, warum das politische Plakat als traditionsreiches propagandistisches Instrumentarium seit etwa einem Jahrzehnt massiv an Bedeutung verloren hat. Die Ursache für diese Entwicklung sieht der Autor in dem deutlich gestiegenen Lebensstandard der chinesischen Bevölkerung, so daß immer mehr Haushalte Radio oder Fernsehen besitzen. Diese modernen Medien übernehmen heute nicht nur als flexibler einzusetzende Propagandainstrumentarien die traditionelle Rolle der politischen Plakate, sondern sie sind zugleich selbst Ikonen des zu propagierenden Fortschritts, gegen die das obsolet gewordene politische Plakat unterliegen muß.

Thomas Hoffmann

**Mechthild Leutner (Hrsg.): Bundesrepublik Deutschland und China 1949 bis 1995: Politik - Wirtschaft - Wissenschaft - Kultur. Eine Quellensammlung**  
Berlin: Akademie Verlag, 1995, 435 S.

**Werner Meissner (Hrsg.): Die DDR und China 1949 bis 1990: Politik - Wirtschaft - Wissenschaft - Kultur. Eine Quellensammlung**  
Berlin: Akademie Verlag, 1995, 466 S.

Mit diesen Quellensammlungen zum Verhältnis der beiden deutschen Staaten zur Volksrepublik China sind die letzten beiden der insgesamt acht Bände der von Mechthild Leutner herausgegebenen Quellenedition des Forschungsprojekts „Dokumente zur Geschichte der deutsch-chinesischen Beziehungen 1897 bis 1995“ erschienen. Ihr Ziel ist, die deutsch-chinesischen Beziehungen der vergangenen hundert Jahre in ihrem wechsellvollen Verlauf und ihrer Vielschichtigkeit, in ihren politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aspekten zu dokumentieren. Da in beiden Bänden jedem Kapitel eine thematische Einführung vorangestellt wurde, stehen die Quellen nicht vereinzelt und zusammenhangslos, sondern lassen sich in einen Kontext einfügen.

Der Band über China und die Bundesrepublik dokumentiert in fünf chronologisch aufeinanderfolgenden Kapiteln die politischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern von 1949 bis 1995: Nachdem ihr Verhältnis nach 1949 zunächst auf einer rein substaatlichen Ebene verblieben war, fanden im Jahr 1964 die ersten politischen Gespräche statt. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der BRD und der VR China wurde aber erst 1972 nach der Aussöhnung der VR mit den USA möglich. Ein wirklicher Fortschritt in den deutsch-chinesischen Beziehungen setzte damit aber nicht ein: Die in Bonn regierende sozialliberale Koalition wahrte - unter beständiger Kritik von seiten der CDU/CSU-Politiker, die in dieser Zeit eine besondere Affinität zur Volksrepublik hatten - die Zurückhaltung im Umgang mit China, da sie um den Erfolg ihrer Ostpolitik fürchtete. Solche strategischen Überlegungen wurden erst 1978/79 obsolet, als nach dem Einsetzen der Reform- und Öffnungspo-